

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

18. WP - 25. Sitzung

am Mittwoch, dem 4. Dezember 2013, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 249 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Volker Dornquast (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

i. V. von Hartmut Hamerich

Serpil Midyatli (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Zukunft der Windmesse in Husum	7
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1129	
2. Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan 2015	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1150	
3. Keine Ausweitung der Lkw-Maut	9
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1137	
4. Freie Berufe in Schleswig-Holstein	12
Antwort der Landesregierung Drucksache 18/1102	
5. Lückenlose Videoüberwachung in Schleswig-Holsteins Zügen verhindern	13
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/626	
6. Netzneutralität stärken	14
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/852	
7. Bericht der Landesregierung über die China-Reise des Ministerpräsidenten, die weiteren Teilnehmer daran (Wirtschaftsdelegation) und die dem Land im Einzelnen entstandenen Kosten sowie die Ergebnisse	15
Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer Umdruck 18/2059	
8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 11. September 2008	16
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/421	

- 9. EU-Strukturfonds** **17**
- Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/1217](#)
- 10. Verschiedenes** **19**

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Zu Beginn seiner Sitzung setzte der Ausschuss nach einer Diskussion folgende Punkte von der Tagesordnung ab:

- **Gespräch mit dem Geschäftsführer des Flughafens Sylt, Herrn Peter Douven**
Antrag des Abg. Hartmut Hamerich (CDU)

- **Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben**
Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/825](#)

- **Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern**
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/1145](#)

- a) **Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsätzegesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 18/885](#)

- b) **Entwurf eines Gesetzes für eine verlässliche Raumordnungsplanung**
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/898](#)

- c) **Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung mit Hamburg vorbereiten**
Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/821](#)

- **Eine Landesnetzagentur einrichten**
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/749](#)

- Mehr Klarheit für Verbraucher bei Strompreis und EEG-Umlage

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/1041](#)

Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Zukunft der Windmesse in Husum

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1129](#)

(überwiesen am 27. September 2013)

Einleitend weist Wirtschaftsminister Meyer darauf hin, dass es viele Gerüchte um den derzeitigen Sachstand gebe, weshalb es ihm ein Anliegen sei, diesen korrekt darzustellen. Es habe längere Diskussionen zwischen den Messegesellschaften gegeben, an denen er zum Teil selbst beteiligt gewesen sei. Ergebnis der bisher geführten Gespräche sei, dass man sich jetzt auf einem Stand befinde, der aus Sicht der Messegesellschaft Husum zufriedenstellend sei. Über Einzelheiten könne man die Öffentlichkeit zurzeit noch nicht informieren, da zunächst die Gremien der Messegesellschaften informiert werden sollten. Er hoffe, dass noch im laufenden Jahr das offizielle Ergebnis der Kooperationsform mitgeteilt werden könne.

Abg. Magnussen plädiert dafür, den Antrag in der Sache abzustimmen. - Abg. Schulze spricht sich dafür aus, eine Abstimmung über den Antrag bis nach dem Vorliegen des Ergebnisses zu verschieben.

Minister Meyer erklärt sich bereit, in einer der nächsten Sitzungen ausführlich über die Ergebnisse der Beratungen zu berichten. Er weist auf die Verschwiegenheitsverpflichtung hin, die er gegenüber der Messegesellschaft Husum eingegangen sei.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der CDU betreffend Windmesse Husum, [Drucksache 18/1129](#), zur Ablehnung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan 2015

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1150](#)

(überwiesen am 27. September 2013)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP den Antrag der Fraktion der CDU betreffend Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan 2015, [Drucksache 18/1150](#), zur Ablehnung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Keine Ausweitung der Lkw-Maut

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1137](#)

(überwiesen am 27. September 2013 an den Wirtschaftsausschuss)

Wirtschaftsminister Meyer weist auf die Behandlung der Frage, wie zukünftig Verkehrsinfrastruktur finanziert werden könnte, während der Sonderverkehrsministerkonferenz hin. Man habe sich dort darüber Gedanken gemacht, wie Verkehrsinfrastruktur zunächst aus Haushalts- und Steuermitteln und dann durch eine Ausweitung der Lkw-Maut zukünftig finanziert werden könne. Eine Ausweitung der bestehenden Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen bringe schätzungsweise 2,3 Milliarden € pro Jahr. Diese einzuführen, sei jetzt Teil der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene. Eine Ausweitung der Maut bereits auf Fahrzeuge ab 7,5 t und eine Ausweitung auf weitere Straßen über Bundesstraßen hinaus erscheine der Landesregierung als eine weitere Möglichkeit. Ein drittes Thema, das in dem Rahmen angesprochen worden sei, sei die Frage, wie man europarechtskonform eine Gebühr für ausländische Verkehrsteilnehmer einführen könne. Er selbst begrüße eine Ausweitung der Lkw-Maut auf Lkw mit mehr als 12 t auch auf Bundesstraßen, weil damit einer der Hauptverursacher für Straßenschäden zur Finanzierung von Infrastruktur mit herangezogen werde. Die Frage stehe im Raum, ob man zukünftig auch Landes- und Kreisstraßen in ein solches nutzerfinanziertes System einbeziehen wolle. Zunächst müsse man seiner Ansicht nach beobachten, wie sich Mautausweichverkehre verhalten würden. Vermutlich werde eine Maut auf Bundesstraßenebene zu weniger Ausweichverkehren insgesamt führen, da ein Ausweichen auf Landes- und Kreisstraßen für den Langstreckenverkehr in vielen Fällen unattraktiv sei. Zurzeit würden die technischen Voraussetzungen für die Mauterhebung geschaffen. Besonders wichtig sei, dass das Geld, das mit einer Maut eingenommen werde, auch dem Straßenbau beziehungsweise Infrastrukturmaßnahmen zugutekomme, weil ansonsten die Akzeptanz insgesamt bei den Betroffenen leide.

Abg. Magnussen regt an, zu dem Antrag der Fraktion der FDP eine schriftliche Anhörung durchzuführen, um die Auswirkungen auf die mittelständische Wirtschaft zu erfragen.

Der Vorsitzende stellt für seine Fraktion dar, dass er massive Auswirkungen auf Landesstraßen befürchte. Einigkeit bestehe darüber, dass mehr Geld für die Infrastruktur in Deutschland bereitgestellt werden müsse, aber bereits jetzt seien Nutzer über Steuern und Abgaben massiv

an der Finanzierung beteiligt, die jedoch nur zu einem Bruchteil in den Bereich zurückfließen. Er weist darauf hin, dass bei bestimmten Versprechungen das Vertrauen der Logistikbranche aus seiner Sicht berechtigterweise nicht vorhanden sei. Nach Meinung seiner Fraktion müsse die Instandhaltung der Infrastruktur aus dem allgemeinen Topf der Steuern und Abgaben finanziert werden.

Auf die Anmerkung des Vorsitzenden zu Vertrauensverlusten in der Logistikbranche hebt Minister Meyer hervor, dass es in der Vergangenheit diese Vertrauensverluste gegeben habe. Aus diesem Grund sei die Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass das Vertrauen erhalten bleibe, indem das Mautaufkommen in Infrastruktur reinvestiert werde.

Im Zusammenhang mit der Anmerkung des Abg. Magnussen und einer Absenkung der Gewichtsgrenze für Lastkraftwagen unterstreicht Minister Meyer, dass man in der Verkehrsministerkonferenz eine Absenkung unter 7,5 t ausgeschlossen habe, um sicherzustellen, dass nicht der Mittelstand, insbesondere kleine Handwerksbetriebe, betroffen sei, zumal das Aufkommensvolumen in keinem Verhältnis zu dem mit der Erhebung der Maut verbundenen Aufwand stehe.

Zu dem Themenkomplex der Nutzerfinanzierung, die sowohl vom Vorsitzenden als auch von Abg. Dr. Breyer thematisiert worden ist, unterstreicht Minister Meyer, dass er eine Finanzierung aus Steuermitteln beziehungsweise eine stärkere Nutzung des Mineralölaufkommens für Infrastrukturmaßnahmen bevorzuge. Auf Bundesebene seien jedoch in den vergangenen Jahren die Mittel, die aus der Mineralölsteuer stammten, immer an anderer Stelle eingesetzt worden. Eine Lkw-Maut für Fahrzeuge ab 12,5 t sei insofern gerechtfertigt, als durch diese Fahrzeuge auch im großen Maße Straßenschäden verursacht würden. Zugleich seien die Kosten für den Straßentransport im Verhältnis zum Transport auf Schiene oder Wasserstraße relativ gering. Schiene und Wasserstraße müssten attraktiver gemacht werden, es müsse aber auch die Frage erlaubt sein, wie viel der Transport auf der Straße tatsächlich koste.

Im Hinblick auf die von Abg. Dr. Breyer angesprochene Pkw-Maut für ausländische Verkehrsteilnehmer führt Minister Meyer aus, dass er bisher noch kein Konzept gesehen habe, das eine europarechtskonforme Umsetzung ermögliche. Diese Diskussion führe zudem im europäischen Ausland zu erheblichem politischen Flurschaden, der seiner Ansicht nach in keinem Verhältnis zum dadurch erzielten Mautaufkommen stehe. Der ADAC gehe von 262 Millionen € Einnahmen aus, die damit nur 12 Millionen € über den Kosten für Einführung und Betrieb lägen.

Auf eine Anmerkung des Abg. Dr. Tietze zur Schienenanbindung eingehend hebt Minister Meyer hervor, dass Schleswig-Holstein durch das Nadelöhr Hamburg limitiert sei. Man bemühe sich, durch spezielle Ladeterminale zum Beispiel in Padborg oder Neumünster die Situation zu verbessern. Zur Mauterhebung werde - anders als bisher - ein GPS-gestütztes System herangezogen, das europaweit eingesetzt werden könne und keine Brückenaufbauten erfordere.

Im Hinblick auf die von Schwerlasttransporten hervorgerufenen Straßenschäden weist Minister Meyer auf die Verkehrsministerkonferenz hin, in der dieses Thema nach Antritt der neuen Bundesregierung wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden solle.

Auf eine Anmerkung des Vorsitzenden zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen aus Steuererhöhungen beziehungsweise aus dem Haushalt oder aus Mauteinnahmen führt Minister Meyer aus, dass 5 Milliarden € über die Legislaturperiode für Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen seien. Das sei aus seiner Sicht zu wenig, aber besser als nichts.

Im Zusammenhang mit einer kritischen Anmerkung des Abg. Dr. Breyer im Hinblick auf die Speicherung von Daten durch GPS-gestützte Erfassungssysteme unterstreicht Minister Meyer, dass man zukünftig zu einfacheren Systemen kommen müsse, um das durch diese Maßnahmen generierte Gebührenaufkommen zu erhöhen. Hinzu komme, dass das GPS-gestützte System den Vorteil habe, ohne Probleme auf Landes- und Kreisstraßen ausgeweitet werden zu können. Dass datenschutzrechtliche Regelungen erfüllt sein müssten, sei selbstverständlich. Auch die Europäische Union stelle den Anspruch, dass es sich um ein EU-weit kompatibles System handeln müsse.

Von Abg. Wiegard auf Verdrängungsverkehre auf Landes- beziehungsweise Kreisstraßen und mögliche im Vorfeld durchzuführende Erhebungen dazu angesprochen führt Minister Meyer aus, dass man drei bis vier Jahre Zeit bis zur Einführung der Maut auf Bundesstraßen habe. Der Landesregierung sei heute schon bekannt, welche Landesstraßen besonders belastet seien, dazu gebe es Daten aus Verkehrszählungen. Bei einer besonderen Häufung von Ausweichverkehren auf einzelnen Landesstraßen müssten entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.

Der Ausschuss beschließt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und den Anzuhörenden bis Ende Januar 2014 die Möglichkeit zu geben, Stellung zu dem Antrag zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Freie Berufe in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung

[Drucksache 18/1102](#)

(überwiesen am 20. November 2013 an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Den Vorsitzenden interessiert für seine Fraktion, ob es Überlegungen gebe, die Berufsbezeichnung des beratenden Ingenieurs auf andere Ingenieurberufe als nur den Bauingenieur auszuweiten. Für bemerkenswert erachtet er, dass es zum Beispiel in Baden-Württemberg die Berufsbezeichnung des beratenden Schiffsbauingenieurs gebe.

Minister Meyer weist auf die Bedeutung der baden-württembergischen Zulieferindustrie für den Schiffbau hin. Er bietet an, den Aspekt der Berufsbezeichnung mit Vertretern der freien Berufen zu diskutieren und zu eruieren, ob es aus deren Sicht Änderungsbedarf gebe. Er bietet an, dem Ausschuss eine schriftliche Antwort dazu zuzuleiten.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung, [Drucksache 18/1102](#), abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Lückenlose Videoüberwachung in Schleswig-Holsteins Zügen verhindern

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/626](#)

(überwiesen am 30. Mai 2013 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdruck 18/1511](#)

Abg. Dr. Breyer hebt hervor, dass aus seiner Sicht die Bahn zwar nicht für einzelne Ausstattungsmerkmale wie Videoüberwachungseinrichtungen verantwortlich zeichne, dennoch aber seiner Ansicht nach etwas zur Effizienz und Effektivität dieses Instruments sagen können müsse. Dies sei bisher nicht geschehen. Aus diesem Grund regt er an, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, um auch die Meinung anderer Sachverständiger zu diesem Thema einzuholen.

Abg. Matthiessen weist auf das mit der DB AG geführte Gespräch hin, in dem deutlich geworden sei, dass die DB AG nicht über Zahlenmaterial zu einer möglichen Verhinderung von Verbrechen im Zusammenhang mit Videoüberwachung verfüge. Darüber hinaus habe die Bahn darauf hingewiesen, dass die Videoüberwachungsmaßnahmen der Bahn selbst hauptsächlich deshalb durchgeführt würden, um den reibungslosen Betriebsablauf zu gewährleisten.

Der Ausschuss beschließt, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und den Anzuhörenden bis Ende Januar 2014 die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Netzneutralität stärken

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/852](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Zu seinem Antrag interessiert Abg. Dr. Breyer, ob es möglich sei, bei der Förderung des Breitbandausbaus Netzbetreiber auf Standards der Netzneutralität zu verpflichten. Er weist darauf hin, dass die Landesregierung bereits angeboten habe, in diesem Zusammenhang eine rechtliche Prüfung vorzunehmen.

Minister Meyer führt dazu aus, dass die Landesregierung mit der Förderung darauf abziele, Infrastruktur auszubauen. Diejenigen, die für den Ausbau zuständig seien, seien jedoch nicht auch für das Anbieten der Dienste verantwortlich. Insofern gebe es keine direkten Möglichkeiten, durch die Förderung der Infrastruktur Einfluss auf Netzneutralitätsstandards zu nehmen. Die Landesregierung weise in aller Regel darauf hin, dass Infrastruktur, die von der Landesregierung gefördert werde, diskriminierungsfrei zur Verfügung gestellt werden müsse. Man habe auch die Möglichkeit, auf das eingesetzte Medium der Datenübermittlung, zum Beispiel Glasfaser, hinzuwirken. Bei den Diensten selbst gebe es keine direkte Einflussmöglichkeit mehr, aber genau an der Stelle spiele die Frage der Netzneutralität eine Rolle. Es gebe keine rechtliche Handhabe, direkt auf die Diensteanbieter einzuwirken. Minister Meyer warnt davor, durch die Hintertür zusätzliche Kriterien einzuführen beziehungsweise Auflagen zu machen.

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag in einer seiner nächsten Sitzungen weiter zu beraten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über die China-Reise des Ministerpräsidenten, die weiteren Teilnehmer daran (Wirtschaftsdelegation) und die dem Land im Einzelnen entstandenen Kosten sowie die Ergebnisse

Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer
[Umdruck 18/2059](#)

Frau Rathjen, Chefin des Protokolls der Staatskanzlei, schildert die Eckpunkte der Reise des Ministerpräsidenten nach China und deren Teilnehmer ([Umdruck 18/2180](#)). Schwerpunkte der Reise hätten im Bereich der Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft gelegen.

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Breyer erläutert Frau Rathjen, dass sich die Gesamtkosten der Landesregierung ohne WTSH auf 36.614 € belaufen hätten. Zu den Kosten der WTSH - so erläutert Frau Rathjen auf eine weitere Frage des Abg. Dr. Breyer - könne sie keine detaillierten Auskünfte machen, es seien Transport- und Hotelkosten für drei Mitarbeiter entstanden. Alle weiteren Kosten seien durch die Teilnehmergebühren der Unternehmer beziehungsweise durch die Einkünfte des WTSH-Büros in Hangzhou gedeckt, sodass dem Land keine zusätzlichen Kosten entstanden seien. Zur Teilnahme von Mitgliedern des Landtags an der Reise weist Frau Rathjen auf das Verfahren hin, dass der Ministerpräsident bei Auslandsreisen den Landtag darüber informiere und den Landtagspräsidenten um Benennungen für Teilnehmer bitte.

Der Vorsitzende weist auf die Verabredung im Ältestenrat hin, dass turnusgemäß jeweils ein Vertreter der Koalitionsfraktionen und ein Vertreter der Oppositionsfraktionen an entsprechenden Reisen teilnehmen.

Minister Meyer regt an, für Delegationsreisen im Jahr 2014 des Wirtschaftsministers ein ähnliches Verfahren mit dem Ausschuss zu vereinbaren.

Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 11. September 2008

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/421](#)

(überwiesen am 23. Januar 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke](#) [18/1834](#), [18/1896](#), [18/1935](#), [18/1938](#), [18/1940](#), [18/1945](#),
[18/1953](#), [18/1954](#), [18/1955](#), [18/1960](#), [18/1964](#), [18/1965](#),
[18/1967](#), [18/1969](#), [18/1970](#), [18/1971](#), [18/1972](#), [18/2003](#),
[18/2004](#), [18/2007](#), [18/2048](#), [18/2063](#)

Zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 11. September 2008 der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/421](#), beschließt der Ausschuss, sich dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses anzuschließen, und schließt damit seine Beratungen ab.

Punkt 9 der Tagesordnung:

EU-Strukturfonds

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/1217](#)

(überwiesen am 22. November 2013 an den **Finanzausschuss** und alle weiteren Ausschüsse)

Abg. Dornquast interessiert, ob die Landesregierung einen ergänzten Bericht vorlegen werde.

Herr Mallkowsky, stellvertretender Leiter des Referats Europapolitik am Standort Kiel im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, führt aus, dass die Landesregierung den Bericht abgegeben habe. Ministerin Spoorendonk habe in ihrer Rede im Landtag lediglich darauf hingewiesen, dass durch die Drucklegungsfristen der Bericht nicht so aktuell gewesen sei wie die Darstellungen in der Rede. Frau Ministerin Spoorendonk habe die für das Land wichtigsten Punkte, die Höhe der Fördermittel in den einzelnen Fonds, mitgeteilt. Er weist darauf hin, dass der Europaausschuss darum gebeten habe, in seiner Sitzung am 15. Januar 2014 einen ergänzten Bericht zu erhalten.

Der Wirtschaftsausschuss bittet ebenfalls um einen ergänzten Bericht.

Abg. Magnussen interessiert, inwieweit die für die Westküste angekündigten Mittel in Höhe von 30 Millionen € zusätzlich oder als Bestandteil der bisher geplanten Fördersumme anzusehen seien.

Herr Balduhn, Leiter des Referats Regional- und Strukturpolitik, EFRE, GRW und EU-Angelegenheiten im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, führt dazu aus, dass es sich bei den 30 Millionen € nicht um ein zusätzliches Budget handle, sondern diese Summe in den EFRE-Mitteln enthalten sei. Es gebe eine inhaltliche Konzeption für die sogenannte Integrierte Territoriale Investition an der Westküste. Ob damit auch Teile des Hafens in Brunsbüttel unterstützt werden könnten, stehe noch nicht fest. Bisher bewege man sich auf der Ebene des Operationellen Programms. Das müsse zunächst verfeinert werden, um später zu sehen, welche Förderziele man mit der sogenannten ITI adressieren könne.

Auf eine weitere Frage des Abg. Magnussen stellt Herr Balduhn präzisierend klar, dass eine Integrierte Territoriale Investition mit dem Volumen von 30 Millionen € EFRE-Mitteln ge-

plant sei. Man wisse zum heutigen Zeitpunkt noch nicht, welche konkreten Projekte damit unterstützt werden könnten. Ob der Hafen in Brunsbüttel davon profitieren könne, stehe noch nicht fest.

Abg. Dr. Breyer bittet darum, dem Ausschuss den Entwurf des Operationellen Programms zur Verfügung zu stellen. - Herr Balduhn betont, die Landesregierung arbeite an der Finalisierung des Operationellen Programms, um dieses noch vor Ende des Jahres der Bundesregierung zuleiten zu können. Zum jetzigen Zeitpunkt handele es sich noch um einen Entwurf. Er regt an, dem Ausschuss einen Stand zuzuleiten, der einen gewissen Grad an Verbindlichkeit habe.

Der Vorsitzende fordert die Landesregierung auf, den Stand, den die Bundesregierung erhalte, auch dem Landtag zur Verfügung zu stellen und den Wirtschaftsausschuss auch über die Ergänzungen, die dem Europaausschuss zugeleitet würden, in Kenntnis zu setzen.

Auf eine Bitte des Abg. Dr. Breyer sagt Herr Balduhn zu, dem Landtag den Stand zuzuleiten, den das Kabinett beschlossen habe.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dornquast weist auf Pressemitteilungen hin, in der der Minister die Machbarkeitsstudie zur AKN als vorliegend bezeichnet habe. Ihn interessiert, seit wann die Studie vorliege. Befremdlich finde er, dass der Landtag die Ergebnisse noch nicht übermittelt bekommen habe.

Minister Meyer weist darauf hin, dass dem Landtag ein Bericht gegeben und es Gelegenheit geben werde, diesen im Plenum zu debattieren. Das Kabinett habe am vorangegangenen Tage den Beschluss gefasst, den Wirtschaftsminister zu ermächtigen, die weiteren Vereinbarungen bezüglich des Ausbaus der S 4 Ost mit Hamburg zu treffen. In dem Zusammenhang habe die Presse Fragen auch im Bezug auf die S 21 und die StadtRegionalBahn gestellt, die er selbst beantwortet habe. Die entsprechende Untersuchung zur Machbarkeitsstudie sei erst seit Kurzem, im November, abgeschlossen worden. Vorher sei möglicherweise aus Entwürfen zitiert worden. In die Studie seien mehrere Varianten eingeflossen, um zusätzliche Möglichkeiten zu evaluieren, die ebenfalls ein Kosten-Nutzen-Verhältnis über 1 hätten. Aus diesem Grund habe man weitere sogenannte Mitfälle in ihrer Auswirkung analysiert. Minister Meyer referiert die Inhalte des [Umdrucks 18/2160](#), einer Präsentation zu dieser Thematik. Auch in der Variante mit der Zweigleisigkeit von Quickborn nach Tanneneck liege das Kosten-Nutzen-Verhältnis so deutlich über 1, dass man sich beim Bund um Mittel bewerben könnte, nach erster Einschätzung sei dies auch das Modell, das die Landesregierung präferiere. Auch der Zeitfaktor spiele eine Rolle, dieser sei bei der genannten Variante der Beste und besonders vor dem Hintergrund der unsicheren Fortführung der GVFG-Mittel nach 2019 wichtig.

Der Vorsitzende regt an, dem Ausschuss die Machbarkeitsstudie in der nächsten Dezember-sitzung vorzustellen. In dem Zusammenhang mit dem Ausbau wolle man auch mit Bürgerinitiativen diskutieren, wie die Bahnübergangssituation in Ellerau verbessert werden könne, wo es bisher regelmäßig Staus gebe. - Die Landesregierung sagt zu, die Machbarkeitsstudie dem Landtag mit dem Landtagsbericht zu übersenden.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 11:40 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer